

37. Öffentliche Ortschaftsratssitzung Wolfartsweier 2014-2019

27. Februar 2018

Anwesend:

Ortsvorsteher:	A. Huber
Ortschaftsräte:	Küffner, Reich, Dr. Dingler, Scheer, Knüttel, Apostolidis
Beamte, Angestellte u.a.:	Giek
Urkundspersonen:	Dr. Dingler, Reich
Es fehlen:	T. Huber, Supper (beide krank), Postweiler (Urlaub)

Verhandelt am 27.02.2018. Der Vorsitzende eröffnet um 19:00 Uhr die öffentliche Sitzung und stellt fest, dass die Ortschaftsräte durch Ladung vom 16.02.2018 ordnungsgemäß einberufen wurden.

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Anträge auf Änderung der Tagesordnung werden nicht gestellt, sie gilt somit als angenommen.

T a g e s o r d n u n g :

1. Umsetzung der Regelungen zum Gehwegparken in Wolfartsweier - Beschlussvorlage der Ortsverwaltung
2. Beantragung eines Investitionszuschusses für das Freibad Wolfartsweier zur Sanierung des Kinderbeckens
3. Möglichkeiten zur Pflege von öffentlichen Wegen und Plätzen - Anfrage der SPD-Ortschaftsratsfraktion
4. Möglichkeiten zur Pflege von Friedhofsanlagen - Anfrage der SPD-Ortschaftsratsfraktion
5. Versorgung des Stadtteiles Wolfartsweier durch einen notärztlichen Dienst - Anfrage der CDU-Ortschaftsratsfraktion
6. Mündliche Anfragen
7. Mitteilungen der Verwaltung

Zu Beginn der Sitzung bittet Ortsvorsteher Huber die anwesenden Ortschaftsräte und Einwohner um einen kurzen Moment des Stille Haltens, für die am Samstag unerwartet verstorbene Lehrerin Frau Hoffmann der Grundschule Wolfartsweier.

Zu 1.:

OV Huber verliest und erläutert die Beschlussvorlage der Ortsverwaltung.

Demnach soll in der Talwiesenstraße im Kurvenbereich, zwischen der Hörgelstraße und der Zufahrt zum Kinderspielplatz an der Katholischen Kirche, sowie in der Hörgelstraße, zwischen Steinbügelstraße und Ringstraße, versetzt, einseitig Straßenmarkierungen angebracht werden, um die Regelungen des Gehwegparkens umzusetzen.

OR'in Scheer erkundigt sich, warum die Steinbügelstraße in der Beschlussvorlage versetzt markiert werden soll, da in der Januar-Sitzung noch geplant war, diese durchgehend zu markieren.

OV Huber entgegnet hierzu, dass in der Steinbügelstraße keine Markierung vorgesehen sei.

OR'in Scheer verweist nochmals auf den Textlaut in der Beschlussvorlage.

OV Huber erläutert, dass nicht die Steinbügelstraße gemeint sei, sondern in der Hörgelstraße lediglich der Abschnitt zwischen der Steinbügelstraße und der Ringstraße.

OR'in Küffner interessiert, in welchen Zeitraum die Anwohner der betroffenen Straßen durch Postwurfsendungen benachrichtigt werden bzw. hierzu eine Mitteilung im Mitteilungsblatt erfolgt?

OV Huber äußert hierzu, dass er zu dem Zeitplan keine Auskunft geben kann, da dieses durch das Stadtplanungsamt veranlasst wird. Seiner Meinung nach wird es aber zeitnah erfolgen. Außerdem besteht die Möglichkeit, sich auf der Homepage der Stadt Karlsruhe hierzu zu informieren.

OR Dr. Dingler teilt mit, dass er nach der Berichterstattung in der BNN von einem Bürger angesprochen wurde, der mit der Formulierung, dass nur Personen mit Kinderwagen bzw. Rollatoren von Gehwegparkern behindert werden, ein Problem hätte, da auch übergewichtige Personen hier Einschränkungen hätten.

OR Dr. Dingler bittet darum, dass man auch diese Personengruppe hierbei berücksichtigt.

OV Huber schlägt vor, dass man generell den Begriff „mobilitätseingeschränkte Personen“ verwendet.

Weiter ergänzt OR Dr. Dingler, dass nach der letzten Sitzung bzw. auch durch die Ortsbegehung ihm bewusst wurde, wie viele Gehwege in Wolfartsweier durch Gehwegparker nicht richtig bzw. nur teilweise begehbar seien.

OV Huber gibt darauf hin die Beschlussvorlage zur Abstimmung. Dieser wird einstimmig zugestimmt.

Zu 2.:

OV Huber verweist darauf, dass bei OR Reich gem. § 72 i.V.m. § 18 Abs. 2 Nr. 3 GemO eine Befangenheit (Mitglied im Vorstand des Fördervereins des Freibad Wolfartsweier e.V.) zu diesem Tagesordnungspunkt besteht und somit weder beratend noch entscheidend mitwirken darf.

OV Huber verliest und erläutert die Beschlussvorlage der Ortsverwaltung.

Demnach soll bei der Stadtverwaltung (Dezernat 3) die Aufnahme eines Zuschusses in Höhe von 30.000 € für die Sanierung des Kinderbeckens des Freibades „Wölfler“, in das Investitionsprogramm des Doppelhaushalts der Stadt Karlsruhe 2019/2020 beantragt werden, um die Gesamtsanierungskosten in Höhe von 60.000 € abdecken zu können.

OR Reich wird von OV Huber gebeten, kurz das Verfahren der Sanierung den anwesenden Ortschaftsräten und Einwohnern zu erläutern.

Das Sanierungsverfahren sieht vor, dass das vorhandene Fundament wieder verwendet werden kann und lediglich ein neuer Aufbau mit einem Spezialkunststoff erfolgen soll.

OV Huber teilt mit, dass bei einer Zustimmung zur Beschlussvorlage durch den Ortschaftsrat er einen Brief an das zuständige Dezernat 3 bzw. an die Bäderbetriebe aufsetzen wird, mit der Bitte, die beantragte Investitionssumme in den Haushalt mitaufzunehmen.

OV Huber gibt daraufhin die Beschlussvorlage zur Abstimmung frei, der der Ortschaftsrat einstimmig folgt.

Zu 3.:

OV Huber verliest die Anfrage der SPD-Ortschaftsratsfraktion, sowie die Stellungnahme des Gartenbauamtes.

Diese erläutert, dass sämtliche branchenübliche thermische oder mechanische Verfahren zur Entfernung oder Verhinderung von unerwünschtem Aufwuchs auf befestigten Flächen angewandt werden können. Der Einsatz chemischer Verfahren ist aus rechtlichen und ökologischen Gründen im öffentlichen Raum grundsätzlich unzulässig. Bei konkreten Rückfragen und zwecks Beratung, würde die Abteilung Grünflächenpflege des Gartenbauamts oder die Abteilung Gartenbau beim Stadtamt Durlach zur Verfügung stehen.

OR Dr. Dingler findet die Stellungnahme äußerst unbefriedigend, da das Gartenbauamt direkt hätte Stellung beziehen können, welche thermischen bzw. mechanischen Verfahren sich zur Wildwuchsbekämpfung als dienlich erwiesen haben und die Ortsverwaltung nicht erst wieder hierzu erneut auf diese zur Beratung zu gehen müsse.

OV Huber teilt mit, dass man hierzu nochmals auf das Gartenbauamt zugehen werde.

OR Reich empfindet die Stellungnahme ebenfalls als unbefriedigend und sieht eventuell Handlungsbedarf am Personalschlüssel des Bauhofes, um zukünftig gewährleisten zu können, dass eine Pflege der öffentlichen Wege und Plätze möglich sei.

Die vorgeschlagenen thermischen bzw. mechanischen Verfahren seien Handarbeit und das sei mit dem aktuellen Personal des Bauhofes nicht möglich.

OV Huber sieht es als schwierig an, dass der Personalschlüssel aufgestockt wird und rechnet damit, dass man seitens der Stadt eher auf Drittfirmen zurückgreifen würde, um Aufgaben erledigen zu lassen.

Zu 4.:

OV Huber verliest auch hier die Anfrage der SPD-Ortschaftsratsfraktion, sowie die Stellungnahme des Friedhofs- und Bestattungsamtes.

Auch diese verweist auf den Verzicht der Verwendung jeglicher Pestizide, insbesondere von Glyphosat seit ca. fünf Jahren, sowie die Möglichkeit der Nutzung von thermischen oder mechanischen Verfahren. Das Friedhofs- und Bestattungsamt prüft derzeit noch die Möglichkeiten der maschinellen Behandlungen, wie z.B. Fräsen und Striegeln der Flächen.

Grundsätzlich wird sich allerdings ein optimales Ergebnis für die Friedhofsbesucher mit den aufgezeigten Maßnahmen nicht herstellen lassen, weshalb die Stadtverwaltung auch auf die Einsicht der Bevölkerung und deren Akzeptanz und Unterstützung angewiesen sei, um die umweltschonenden und -verträglichen Maßnahmen dauerhaft praktizieren zu können.

OR'in Scheer bemängelt, dass man im Jahr 2016 für den Bauhof ein Infrarotgerät für die Wildwuchsbekämpfung angeschafft hätte, welches im Vorfeld durch den Bauhof auch getestet und als gut befunden wurde, und dieses nun nicht mehr ausreichend sei.

OV Huber äußert hierzu, dass dieses Gerät in verschiedenen Einsatzbereichen genutzt werden kann. Das Gerät selbst konnte der Bauhof damals an einem Vormittag in Betrieb sehen und auch testen, sowie die damaligen Erfahrungswerte beim Fachamt einholen. Aufgrund der vorhandenen geringen Stückzahl konnte das Gerät allerdings nicht leihweise über einen längeren Zeitraum vor Ort und in allen Bereichen durch den Bauhof ausprobiert werden.

Leider hat sich über einen längeren Nutzungszeitraum herausgestellt, dass das Infrarotgerät in manchen Bereichen nur teilweise befriedigenden Ergebnissen genutzt

werden kann. So zum Beispiel auf den Kieswegen auf den Stadtteilmfriedhöfen. Hier ist die Unkrautbekämpfung zeitaufwendig bzw. auch das Ergebnis nur teilweise befriedigend, da Brandflecken auf den bearbeiteten Flächen hinterlassen werden. Grundsätzlich ist es sicherlich ärgerlich, dass man das Gerät nicht in allen Bereichen wie angedacht einsetzen kann. Allerdings habe es sich in anderen Bereichen als nützlich erwiesen.

Zu 5.:

OV Huber verliest und erläutert die Anfrage der CDU-Ortschaftsratsfraktion und nimmt hierzu Stellung.

Die Stellungnahme setzt sich aus einer Anfrage der SPD-Fraktion im Ortschaftsrat Wettersbach (beantwortet in der Sitzung am 06.02.2018 unter TOP 4) und der Stellungnahme der Stadtverwaltung Karlsruhe auf einen Antrag der SPD-Fraktion im Gemeinderat Karlsruhe (behandelt in der Sitzung am 20.02.2018 unter TOP 9) zusammen.

Demnach ist nach aktuellem Sachstand davon auszugehen, dass die Insolvenz und Schließung der Paracelsus-Kliniken keine gravierenden Auswirkungen auf die akut stationäre medizinischen Versorgung und die Notfallversorgung im Stadtgebiet, insbesondere der östlichen und südöstlichen Stadtteile, hat.

Der ASB führt weiter aus, dass die notärztliche Versorgung der Bevölkerung in Durlach und im gesamten östlichen Stadtteil durch den Standort des ASB in der Pforzheimer Straße sichergestellt ist und auch bleiben wird.

OR Reich stellt fest, dass der nächste Notarzt im Diakonissenkrankenhaus, in der Südenstraße in der St. Vincentius-Klinik bzw. beim SHR Klinikum in Karlsbad-Langensteinbach stationiert sei. Unmittelbar sei somit kein Notarzt mehr vorhanden

OV Huber verweist darauf, dass es in Durlach und den Bergdörfern verschiedene Notärzte bzw. Bereitschaftsärzte gebe, u.a. Dr. Schwehn mit Praxis in Wolfartsweier und wohnhaft in Wettersbach. Auch der Stellungnahme sei zu entnehmen, dass dieses abgesichert sei.

Zu 6.:

- OR'in Scheer erkundigt sich nach dem Sachstand zum Radweg zwischen Wolfartsweier und Wettersbach, sowie nach den Ergebnissen der Verkehrsstudie zum Radschutzstreifen in der Steinkreuzstraße

OV Huber teilt mit, dass zu der Verkehrsstudie für die kommende Ortschaftsratsitzung ebenfalls eine Anfrage von OR Dr. Dingler vorliegt und man gerne Herrn Schell vom Stadtplanungsamt hierzu einladen wolle.

In Bezug auf den Sachstand zum geplanten Radweg entlang der L623 teilt OV Huber mit, dass das Stadtplanungsamt auf Anfrage mitgeteilt hat, dass nach Anpassung der Böschungssicherung die Straßenplanung abgeschlossen werden konnte. Derzeit wird die Geh- und Radwegbrücke im Bereich „Fallbrunnen“ geplant. Sobald diese abgeschlossen sei, wird sie mit der Straßenplanung verknüpft und das ökologische Gutachten fertiggestellt.

- OR Reich teilt mit, dass die Anwohner in der Steinhofstraße über die Sanierungsarbeiten informiert wurden und ob es möglich sei, die Anwohner der angrenzenden Straßen über das Mitteilungsblatt auf das dort erhöhte Parkaufkommen hinzuweisen?

OV Huber teilt mit, dass diese Information über das Mitteilungsblatt bei ähnlichen Straßensanierung bislang nicht erfolgt sei, man es aber prüfen werde, dass man über das Mitteilungsblatt hierzu informiert.

Zu 7.:

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Der Ortsvorsteher schließt die öffentliche Sitzung um 19:37 Uhr.

Genehmigt und unterschrieben.

Ortsvorsteher:

Schriftführer:

Ortschaftsrat: